

Erfolgskontrolle
zu den Jahreszielen 2012 des Regierungsrats

Gesamtregierungsrat

1. Die Geschäfte der Legislatur sind planmässig abgeschlossen.	erreicht
2. Das neue Regierungsprogramm ist per Ende Jahr festgelegt.	erreicht

Landammannamt

1. Die Gesamterneuerungswahlen (Regierungsrat, Landammann, Landesstatthalter, Landrat) sind fehlerfrei abgelaufen.	erreicht
2. Das neue Content-Management-System für www.ur.ch ist eingeführt.	erreicht
3. Der Wechsel in die Legislatur 2012 bis 2016 ist administrativ erfolgreich umgesetzt.	erreicht
4. Die Neuausrichtung der Standeskanzlei ist etabliert.	erreicht

Baudirektion

1. Die Neuunterbringung der Steuerverwaltung im von Roll-Haus per 1. Januar 2013 organisiert und die Entscheidungsgrundlagen für den Verkauf der Liegenschaft Winterberg sind durch den Regierungsrat verabschiedet.	erreicht
2. Die Leistungsvereinbarung 2013 bis 2017 über den Betrieb der Nationalstrassen ist mit dem ASTRA abgeschlossen.	nicht erreicht Die Grundlagen sind vorbereitet. Der Zeitplan für Verhandlungen wurde durch das ASTRA verschoben.
3. Der Landrat hat das rGVK UT im Rahmen der Revision des Richtplans genehmigt.	erreicht
4. Das revidierte Strassengesetz ist vom	teilweise erreicht

Regierungsrat genehmigt und durch den Landrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.	Verzögerung um zwei Monate (Behandlung im RR am 15.01.13; Behandlung im LR am 20.02.13)
5. Die Verhandlungen zur Konzession Alpbach sind abgeschlossen.	teilweise erreicht Der Letter of Intent ist unterzeichnet; die Verhandlungen zum Trinkwasser sind noch im Gang
6. Das Verfahren beim Heimfall Lucendo ist geklärt und eine entsprechende Strategie zum Vorgehen liegt vor.	teilweise erreicht Das Verfahren ist geklärt; zwei bis drei Monate Verzögerung der Strategie.

Bildungs- und Kulturdirektion

1. Volksschule 2016: Der Landrat hat die notwendigen Anpassungen in der Schulverordnung zur Kompetenzregelung zwischen Schulrat und Schulleitung beschlossen.	erreicht
2. Eine Vorlage für rechtliche Grundlagen zur Kinder- und Jugendförderung wurde in die Vernehmlassung gegeben (bei entsprechendem Ergebnis der Volksabstimmung vom 15. April 2012).	nicht erreicht Volk hat Verfassungsartikel zur Kinder- und Jugendförderung am 15. April 2012 abgelehnt. Arbeiten wurden deshalb nicht aufgenommen.
3. Der Bericht zum Handlungsfeld Oberstufe und zu den Kostensteigerungen im Bildungswesen (Motion Markus Zurfluh) ist erstellt und vom Landrat zur Kenntnis genommen.	erreicht
4. Der Bericht zu einem zweisprachigen Langzeitgymnasium (Motion Markus Holzgang) ist erstellt und vom Landrat zur Kenntnis genommen.	erreicht
5. Eine Auslegeordnung für die zukünftige Steuerung des Bildungswesens als Entscheidungsgrundlage für den Regierungsrat über das weitere Vorgehen ist erstellt.	teilweise erreicht Der Berichtsentwurf liegt vor. Der Bericht wird dem Regierungsrat in einer der nächsten Seminare vorgelegt.

Finanzdirektion

1. Das Budget 2013 erfährt eine Verbesserung gegenüber den Ergebnissen des Finanzplanjahrs aus dem Finanzplan 2012 bis 2015.	nicht erreicht Das vom RR verabschiedete Budget 2013 hatte die Zielvorgabe erfüllt. Die vom LR nachträglich beschlossenen Korrekturen führten dazu, dass die definitive Version die Vorgabe deutlich verfehlt.
2. Die Langfristplanung 2017 bis 2027 ist qualitativ soweit optimiert, dass sie dem Regierungsrat als echtes Führungsinstrument zur Verfügung steht.	erreicht
3. Für die Umsetzung der Beteiligungspolitik steht ab Mitte 2012 ein griffiges Beteiligungscontrolling zur Verfügung.	erreicht
4. Sämtliche Einsprachen im Rahmen der allgemeinen Neuschätzung sind bis Ende 2012 behandelt.	erreicht
5. Der Wirkungsbericht NFAUR (2008 bis 2011) ist per Ende Oktober zuhanden des Landrats verabschiedet.	erreicht
6. Mit dem Pilotprojekt "IKS bei der Finanzdirektion" ist die Grundlage geschaffen, damit ein flächendeckendes IKS bei der Kantonalen Verwaltung ab 2013 implementiert werden kann.	nicht erreicht Der Regierungsrat hat entschieden, dass das Projekt ein halbes Jahr später gestartet wird. Die Grundlagen werden somit erst Mitte 2013 zur Verfügung stehen.
7. Für die Anpassung der Strukturreform der Pensionskasse Uri an das Bundesrecht hat der Regierungsrat die Eckwerte beschlossen.	erreicht

Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion

1. Der Projektierungskredit für den Um- und Neubau des Kantonsspitals Uri ist durch den Landrat zu Handen der Volksabstimmung verabschiedet.	teilweise erreicht Der Landrat hat den Kredit für die Projektierungsvorbereitungen bewilligt. Diese nehmen jedoch mehr Zeit als geplant in Anspruch, weshalb die Vorlage an den Landrat erst im Jahr 2013 erfolgen kann.
2. Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht ist umgesetzt.	erreicht
3. Die Richtlinien für die raumplanerische	teilweise erreicht

Festlegung des Gewässerraums an Fließgewässern sind an das neue Bundesrecht angepasst.	Es entstand eine zeitliche Verzögerung, weil zuerst ein Strategieentscheid des Regierungsrats gefällt und die Beantwortung parlamentarischer Vorstösse abgewartet werden musste. Die Richtlinien werden Anfang 2013 in die Vernehmlassung gegeben.
4. Für die Totalrevision des Kantonsspitalgesetzes ist das Vernehmlassungsverfahren abgeschlossen und ausgewertet.	nicht erreicht Der Gesetzesentwurf liegt vor. Die Vernehmlassung dazu erfolgt im ersten Quartal 2013.
5. Die kantonale Bedarfsplanung 2013 bis 2015 für die Institutionen der Behindertenhilfe ist vom Regierungsrat verabschiedet.	erreicht
6. Es liegt ein Massnahmenplan für den "Umgang mit dem Klimawandel im Kanton Uri" vor.	nicht erreicht Der Massnahmenplan Uri liegt noch nicht vor, weil sich der Massnahmenplan des Bunds verzögerte. Der Massnahmenplan Uri soll aber auf den Massnahmenplan des Bunds abgestimmt werden. Dies dürfte 2013 möglich sein, allenfalls erst 2014.

Justizdirektion

1. Die Vorlage für eine neue Gemeindestruktur-Reform ist erarbeitet.	erreicht
2. Die neue Geoinformationsverordnung ist vom Landrat verabschiedet und der neue Leistungsauftrag mit der Lisag AG für den Betrieb des GIS Uri ist abgeschlossen.	erreicht
3. Der kantonale Richtplan ist vom Regierungsrat und Landrat erlassen.	erreicht
4. Die Strategie für den haushälterischen Umgang mit landwirtschaftlich genutzten Böden und den Fruchtfolgeflächen ist erarbeitet.	teilweise erreicht Die Strategie zur Sicherung der Fruchtfolgeflächen und das Monitoring der Fruchtfolgeflächen und insbesondere die geregelte Folgebewirtschaftung und Sicherung von sogenannten "Potentialflächen" ist nicht vollständig umgesetzt. Die Übersicht der Fruchtfolgeflächen wurde aktualisiert.

	Zum Monitoring und zur Sicherung der "Potentialflächen" haben bereits Gespräche mit dem zuständigen Bundesamt im Zusammenhang mit der zurzeit laufenden Genehmigung des kantonalen Richtplans stattgefunden.
5. Das KBüG und insbesondere die Verordnung über die Eignungsvoraussetzungen betreffend dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht sind umgesetzt. Die Gemeinden sind über die neue Gesetzgebung und die Praxis instruiert worden, der Staatskunde-Test beim bwz Uri ist realisiert.	erreicht

Sicherheitsdirektion

1. Die Vereinbarungen zwischen dem Kanton und den Leistungserbringern (Korporationsbürgergemeinden) betreffend die Umsetzung der NFA-Programmvereinbarungen Wald-Naturgefahren-Wildschutz für die Periode 2012 bis 2015 auf Kantonsebene sind bereinigt und unterzeichnet.	erreicht
2. Für die Sanierung und den teilweisen Neubau des Zivilschutzausbildungszentrums "Krump" in Erstfeld ist in Zusammenarbeit mit dem Amt für Hochbau ein Bauprojekt erarbeitet.	nicht erreicht Das Amt für Hochbau hat in Zusammenarbeit mit der Sicherheitsdirektion eine detaillierte Bedürfnisabklärung vorgenommen und eine erste Kostenschätzung erstellt. Das weitere Vorgehen ist abhängig vom weiteren Fortschreiten des Sicherheitsstützpunktes der Chemiewehr.
3. Der Pilotversuch "Begleitung von Sondertransporten" wird erfolgreich durchgeführt.	erreicht
4. Die Revision des Polizeigesetzes ist zuhanden des Landrats vorbereitet.	teilweise erreicht Die Vorlage wurde ausgearbeitet und verschiedenen Adressaten zur Vernehmlassung unterbreitet. Die Frist endete am 15. Dezember 2012. Die Vorlage wird momentan aufgrund der Rückmeldungen

	entsprechend bearbeitet.
5. Das erste Einsatzleitsystem bei der Kantonspolizei ist evaluiert und zur Beschaffung vorbereitet.	teilweise erreicht Eine Machbarkeitsstudie hat Stärken und Schwächen der verschiedenen Umsetzungsvarianten (ELS in Flüelen und Göschenen oder ELS nur in Flüelen mit Redundanz zur Zentrale der Kapo SZ) aufgezeigt. Die Evaluation geriet jedoch aufgrund der unklaren Ausgangslage rund um das Bundesprojekt EFFIGO II (Effizienzsteigerung Gotthard, Zusammenlegung der beiden Zentralen Göschenen und Flüelen zu einer grossen Zentrale mit Standort Flüelen) etwas ins Stocken. Nach einem Bereinigungsgespräch zwischen ASTRA und Kantonspolizei kann das Projekt ELS nun vorangetrieben werden. Ziel: Umsetzung im Verlaufe des Jahrs 2013.
6. Das neue Alarmierungssystem wird beschafft und kommt zum Einsatz. Das alte Alarmierungssystem wird abgebaut.	erreicht

Volkswirtschaftsdirektion

1. Tourismus: Das Tourismusgesetz ist vom Regierungsrat genehmigt und durch den Landrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.	erreicht
2. Regionalpolitik (NRP): Die Leistungsvereinbarungen zu den Umsetzungsprogrammen 2012 bis 2015 "Uri" und "San Gottardo" mit dem seco sind vereinbart und unterzeichnet.	erreicht
3. Schwimmbad Altdorf: Ein durch den Kanton, die Gemeinden und die Schwimmbadgenossenschaft Altdorf (SGA) gemeinsam getragenes Konzept zur Finanzierung des "Sanierungspakets Schwimmbad Moosbad" liegt vor.	erreicht
4. Wohnbauförderung: Die sich in Erarbeitung befindenden Grundlagen zur Motion Camenzind sind konkretisiert und vom	teilweise erreicht Der Regierungsrat hat am 25. April 2012 darüber befunden, welche Instrumente wei-

Regierungsrat beschlossen.	ter zu verfolgen sind und welche nicht mehr weiter geprüft werden sollen.
5. Die Trägerschaft für die touristischen "Ski-Infrastrukturen Andermatt-Sedrun" steht und die Finanzierungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand sind geprüft und verabschiedet.	teilweise erreicht Die Verhandlungen und das Verfahren zur Finanzhilfeleistung sind noch im Gang.
6. Die Rechtsgrundlagen für die Umsetzung der Massnahmen des Projekts "lanuwo" sind verabschiedet.	erreicht
7. Die Leistungsvereinbarung im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU/EFTA ist nach Massgabe des Bundes umgesetzt.	erreicht